STADT ASCHERSLEBEN

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses

Sitzungstermin: **Mittwoch, 24.11.2021, 17:00-19:40 Uhr**
Ort, Raum: **Aschersleben, Markt 1, Ratssaal**

NIEDERSCHRIFT

Anwesend waren:
Vorsitzende/r
Herr Steffen Amme

ordentliches Mitglied
Frau Kathrin Brandt
Herr Yves Metzing
Frau Dr. Monika Mingramm
Herr Dr. Axel Pich
Frau Elke Reinke
Frau Rita Reisky
Herr Michael Rother
Herr Benno Schigulski

Ortsbürgermeister
Herr Frank Hänsgen
Herr Frank Herrmann
Frau Sabine Herrmann

Verwaltung
Frau Jeannette Annecke
Herr Bernhard Fuchshuber
Herr Matthias May
Frau Julia Rippich
Herr Michael Schneidewind

Gast
Herr Enrico Jorde — Betriebsleiter Eigenbetrieb Abwasserentsorgung
Herr André Könnecke — Betriebsleiter Eigenbetrieb Bauwirtschaftshof

Nicht anwesend waren:

ordentliches Mitglied

Herr Dr. Maik Planert	unentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
3	Einwohnerfragestunde
4	Informationen
5	Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung der Stadt Aschersleben Vorlage: VII/0352/21
6	Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes Bauwirtschaftshof der Stadt Aschersleben Vorlage: VII/0362/21
7	Neufassung der Friedhofssatzung der Stadt Aschersleben Vorlage: VII/0359/21
8	Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Friedhofs Schmidtmannstraße der Stadt Aschersleben (Friedhofsgebührensatzung) Vorlage: VII/0360/21
9	Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2022 - 2030 Vorlage: VII/0305/21
10	Haushaltssatzung der Stadt Aschersleben für das Haushaltsjahr 2022 Vorlage: VII/0306/21
11	Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung für den Bereich Kindertageseinrichtungen Vorlage: VII/0367/21
12	Überplanmäßige Auszahlung für den Einbau raumlufttechnischer Anlagen in den Kindertagesstätten der Stadt Aschersleben Vorlage: VII/0372/21
13	Stellungnahme der Stadt Aschersleben zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27 Vorlage: VII/0370/21
14	Verwendung der Mehrerträge aus der Gewinnausschüttung verbundener Unternehmen Vorlage: VII/0373/21
15	Entscheidung über Spendenannahmen für den Bereich „Streetwork“ Vorlage: VII/0375/21
16	Anfragen und Anregungen
17	Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

18	Feststellung der Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils
19	Informationen
20	Grundstücksangelegenheit
21	Vertragsangelegenheit
22	Personalangelegenheit
23	Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 *Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit*

Die Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses sowie der Beschlussfähigkeit erfolgen durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Amme. Die Beschlussfähigkeit ist mit der Anwesenheit von 9 Mitgliedern gegeben.

Herr Amme bittet, Herrn Metz das Rederecht zum Tagesordnungspunkt 7 zu erteilen.

Dem wird einstimmig zugestimmt und Herrn Metz somit das Rederecht gewährt.

zu 2 *Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils*

Es liegen keine Änderungsanträge zur Tagesordnung vor.
Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird somit einstimmig bestätigt.

zu 3 *Einwohnerfragestunde*

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

zu 4 *Informationen*

Herr Michelmann bzgl. Corona-Situation: Seit dem 02.10.21 ist die Impfstation in der Alten Tischlerei im Bestehornpark in Bereitschaft und seit dem 04.11.21 in Betrieb, d. h. pro Impf-Tag können ungefähr 150 Personen dort geimpft werden.

Herr Michelmann informiert außerdem: Es ist vielleicht schon durch die Presse bekannt geworden, dass wir am Freitag, den19.11.21 entschieden haben, dass der Weihnachtsmarkt in diesem Jahr nicht stattfindet. Das war deswegen so schnell erforderlich, weil ansonsten der Aufbau am vergangenen Montag begonnen hätte, und es sollte vermieden werden, dass die Händler nach dem Aufbau gleich wieder abbauen müssen. Die Händler wollten zuvor eine klare Entscheidung, und daher wurde innerhalb des Krisenstabes entschieden, dass der Weihnachtsmarkt in diesem Jahr unter diesen Umständen nicht stattfindet.

Herr Michelmann informiert weiter: Entsprechend des Infektionsschutzgesetzes gibt es seit heute die 3G-Regelung im Rathaus, diese ist heute morgen in Kraft getreten, und das hat auch gut funktioniert.

Herr Michelmann informiert weiter: Es gibt heute noch eine Vorlage, wo es um eine überplanmäßige Ausgaben Ausgabe geht im Zusammenhang mit der Vergabe für die ersten Belüftungsanlagen in den Kindertagesstätten. Das ist also sozusagen unser

Umgang mit dem Thema Corona, ansonsten ist die Situation weitestgehend bekannt. Für die Stadt ist zu sagen, dass wir zumindest aus dem Jahr 2020 gelernt haben und die Aufgaben in diesem Rahmen erfüllt haben, sowohl was die Fortsetzung der Impfstation anbelangt. Es war von Seiten der Politik wohl einer der größten Fehler, die Impfzentren geschlossen zu haben. Zum Glück haben wir das Impfzentrum entsprechend vorbereitet. Herr Michelmann hat auch mit Herrn Widder und Frau Giebelhausen gesprochen, dass für den Fall, dass der Bedarf noch höher sein sollte, als im Moment erkennbar, und wir auch in der Lage sind, das dementsprechend mit Impf-Personal abzudecken, wird auch schnell wieder von der Alten Tischlerei in das Ballhaus sozusagen die Impfstation verlagert, dazu ist das Impfzentrum innerhalb von 2 oder 3 Tagen in der Lage, aber dies bedarf der entsprechenden Nachfrage und vor allen Dingen auch des Impf-Personals.

Herr Michelmann informiert außerdem: Im Stadtentwicklungsausschuss und im Bildungsausschuss wurde darüber informiert, dass wir in absehbarer Zeit in der Lage sind, alle Schulen und Kindertagesstätten der Stadt mit fest installierten Belüftungsanlagen zu versehen, natürlich immer vorausgesetzt, dass der Stadtrat bzw. seine Ausschüsse auch den über- oder außerplanmäßigen Ausgaben zustimmen. Weil natürlich auch die Firmen festgestellt haben, dass es eine große Nachfrage gibt, wird es also teurer als geplant, was wir auch erwartet haben. Wir hoffen, dass wir eine höhere Förderung bekommen, aber trotzdem ist zunächst mal davon auszugehen, dass wir als Stadt die höheren Ausgaben über eine außerplanmäßige Ausgabe decken müssen, und das ist natürlich immer die Voraussetzung für die entsprechenden Vergaben.

zu 5 *Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes Abwasserentsorgung der Stadt Aschersleben*
Vorlage: VII/0352/21
Abstimmung: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

zu 6 *Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebes Bauwirtschaftshof der Stadt Aschersleben*
Vorlage: VII/0362/21
Abstimmung: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

zu 7 *Neufassung der Friedhofssatzung der Stadt Aschersleben*
Vorlage: VII/0359/21
Herrn Metz wird das Wort zum Thema Reerdigung erteilt.
Herr Metz erläutert dies ausführlich anhand einer Präsentation.

Fragen werden gestellt und sogleich von Herrn Metz beantwortet.
Herr Amme bedankt sich bei Herrn Metz für die umfangreichen Ausführungen.

Abstimmung: 7 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

zu 8 *Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Friedhofs Schmidtmannstraße der Stadt Aschersleben (Friedhofsgebührensatzung)*
Vorlage: VII/0360/21
Abstimmung: 8 Ja 0 Nein 1 Enthaltung

zu 9 *Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2022 - 2030*
Vorlage: VII/0305/21
Abstimmung: 8 Ja 0 Nein 1 Enthaltung

zu 10 *Haushaltssatzung der Stadt Aschersleben für das Haushaltsjahr 2022*
Vorlage: VII/0306/21
Zur Haushaltssatzung der Stadt Aschersleben wurden insgesamt 8 Anträge der Fraktionen eingereicht.

Der Antrag Nr. VII/0306/21/1 wurde zurückgezogen.

Der Antrag Nr. VII/0306/21/2 wurde ebenfalls zurückgezogen.

Antrag Nr. VII/0306/21/3

Frau Reisky erläutert diesen Antrag und bittet um Zustimmung.

Herr Schneidewind: Viele Anträge nehmen Bezug auf den Überschuss im Ergebnisplan, und der ist natürlich endlich. Herr Schneidewind hätte den Überschuss lieber da stehen gelassen, da man nicht weiß, wie die Jahresabschlüsse enden, vielleicht hat man auch Fehlbeträge, die irgendwann abgebaut werden müssen. Und man weiß nicht, was die Zukunft bringt, von daher wären Gewinnvorträge vielleicht auch nicht schlecht. Bezüglich der Jahresrechnung, es gibt schon 380.000 Euro in diesem Jahr, und 367.000 Euro gab es im letzten Jahr. Man muss den Überschuss nicht verwenden. Wir müssen jedenfalls darauf achten, dass wir nicht über 64.000 Euro kommen, denn in Summe, wenn man die Anträge sieht, die bis jetzt so beschlossen wurden, weisen wir dann letztendlich ein Minus auf, und das kann natürlich nicht sein.

Herr Schigulski: Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss auch schon darüber gesprochen, und für diese 64.000 Euro haben wir im Ausschuss zwei Anträge genommen, die dann so aufgehen, dass die 64.000 Euro dann aufgebraucht sind. Das hat im Stadtentwicklungsausschuss so seine Zustimmung gefunden. Was mit den anderen Anträgen ist, die da noch kommen, wurde uns dann versprochen, dass ein Deckungsvorschlag grade in Arbeit war letzte Woche.

Herr Amme nimmt auch auf den Stadtentwicklungsausschuss Bezug, die Anträge, die hier gestellt und beraten wurden, haben die 64.000 Euro quasi aufgeteilt. Und in der

Sitzung mit den Fraktionsvorsitzenden ist zumindest über die 40.000 Euro für die Beschaffung der Schutzausrüstung gesprochen worden, und unter den Fraktionsvorsitzenden herrschte Einigkeit darüber, dass wir die 40.000 Euro aus dem ordentlichen Ergebnis nehmen, dementsprechend haben wir auch den Antrag diesbezüglich eingebracht.

Herr Schneidewind: Der Antrag der CDU-Fraktion, 1.000 Euro von den Erträgen abzusetzen, bezieht sich auf die Hundesteuer, also 64.000 Euro Überschuss haben wir nicht mehr, wenn die Hundesteuer so beschlossen wird.

Antrag Nr. VII/0306/21/4

Frau Reisky erläutert auch diesen Antrag.

Antrag Nr. VII/0306/21/5

Herr Metzing erläutert diesen Antrag.

Herr Amme: Das, was Herr Schneidewind eben andeutete, diese Diskussion gab es auch schon im Stadtentwicklungsausschuss, weil die 64.000 Euro mit den drei Anträgen schon nicht mehr ausgereicht hätten. Wir haben hier im Ausschuss zusammen beraten, hier von den 5.000 Euro auf die 4.000 Euro runter zu gehen, und sollten noch Mittel gebraucht werden, dann können ja auch Mittel aus dem Antrag der Fraktion WIDAB genommen werden, die ja 20.000 Euro für die Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt beantragt, so dass da auch ein Betrag X aus dieser Summe zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Reisky: Gestern im Ordnungsausschuss wurde auch darüber diskutiert, und Herr Schneidewind hat wirklich auch ermahnt, wir können nur so viel Geld ausgeben, wie wir haben. Sicher ist es wichtig, diese Zigarettenkippen ordentlich zu recyceln, aber wo fallen denn viele Zigarettenkippen an? Das ist in den Gaststätten, Diskotheken haben wir nicht in Aschersleben, ansonsten geht es da sicher auch um die Zigarettenkippen, die überall rumliegen, und wer sammelt die dann ein? Das wäre dann das nächste Problem. Vielleicht wäre es auch sicherer, erstmal durch irgendwelche Maßnahmen zu verhindern, dass gar keine Kippen auf die Erde kommen, z. B. durch Bußgeldkatalog o. ä..

Herr Dr. Pich: Es ist interessant wie so vieles, aber wie muss man sich das vorstellen, kommt da so eine Truppe aller zwei Wochen und sammelt die Kippen auf und verbringt die in einen Behälter? Eine Initiative namens Tobacycle, wie läuft das ab? Herr Dr. Pich bittet um Hintergrundinformationen.

Herr Metzing: Meines Wissens ist es so, dass jeder Raucher da seine Kippe selbst entsorgen kann, und wenn das an Standorten steht, wo auch viele Kippen zu finden sind, dann hat man diese Möglichkeit. Und es ist ja so, dass es Menschen in der Stadt gibt, die einfach diese Kippen schon sammeln und diese normalerweise im Müll

entsorgen, und die werden auch dieses System natürlich nutzen. Weil das auch aus einer Initiative heraus entstanden ist, haben sie sich auch mal durchgerechnet, ob sich das überhaupt lohnt, oder haben wir nachher einfach etwas herumstehen, was keinen Mehrwert hat, und deswegen versprechen die sich da auch davon, dass das positivste wär, wenn keiner mehr seine Kippen in die Landschaft schmeißt, sondern einfach da rein. Aber es ist eben eine Erziehungsfrage, und man macht ein Angebot, und die Hoffnung ist da, dass das dann auch genutzt wird, aber es gibt jetzt schon Menschen, die das einsammeln.

Herr Dr. Pich: Es ist aus meiner Sicht etwas naiv zu denken, wenn man irgendwo was aufstellt, dass die Leute animiert werden, dort was rein zu tun, dies klappt schon nicht mit den Hundekot-Beuteln. Es sind Papierkörbe aufgestellt worden, doch die Leute entsorgen dort nicht ihre Beutel. Hoffentlich funktioniert das, denn es sind Situationen zu erleben, wo das nicht klappt.

Frau Brandt: Vor unserer Schule sind Unmengen von Kippen, das liegt auch daran, dass die ganzen Busse dort halten und Pausen haben. Frau Brandt hätte lieber einen Papierkorb, aber die Stadt ist nicht Träger der Kastanienschule, und das ist ein Problem. Das Einsammeln ist auch etwas schwierig, ein Papierkorb wäre da besser. Wie bekommt man da einen Papierkorb hin, obwohl die Kastanienschule nicht der Stadt zugehörig ist? Die Schüler sammeln wöchentlich eine Stunde die Kippen ein, aber dies kann nicht Sinn und Zweck sein.

Frau Rippich: Es ist geplant, dass diese Behälter an Lichtmasten o. ä. angebracht werden, die sind relativ unauffällig, es sind Edelstahl-Behälter. Der Bauwirtschaftshof soll im Zuge seiner Reinigungstouren diese mit abholen und soll die ein halbes Jahr auf dem Bauwirtschaftshof lagern in luftdicht verschließbaren Behältern, die dann dieser Verein zweimal im Jahr abholt, d. h. der Verein selber sammelt das nicht ein, sondern der Bauwirtschaftshof, und der müsste auch für eine getrennte Aufbewahrung sorgen. Es müssten Austauschbehälter gekauft werden, weil die dann wie im Wechselsystem immer die leeren Behälter neu bringen und die anderen mitnehmen, ein Behälter kostet ca. 329 Euro, und es ist ein Jahresbeitrag i. H. v. 300 Euro zu entrichten.

Herr Schigulski: Die Kosten, die den Bauwirtschaftshof betreffen, sind wohl schon mit eingepreist, dies war mit Herrn Könnecke in der Arbeitsgruppe wohl schon besprochen worden, so dass das mit dem Geld wohl so funktionieren würde, dass der Stadt keine weiteren Kosten entstehen. Es gibt angeblich in vielen Städten sehr gute Erfahrungen mit diesem Verein, der ehrenamtlich arbeitet. Was natürlich ein Problem ist, ist die extreme Umweltverschmutzung durch Zigarettenkippen, die sich nirgendwo abbauen. Deshalb hat der Stadtentwicklungsausschuss mehrheitlich zugestimmt, weil das doch relativ vielversprechend klang. Es ist zu hoffen, dass die Menschen, die ihren Müll nicht in die Papierkörbe werfen, sondern daneben, nur ein Teil sind und nicht alle.

Herr Rother: Wenn wir dann fünf Standorte haben, wo nur Zigarettenkippen gesammelt werden, wäre das Geld besser angelegt, wenn ein paar Papierkörbe mehr aufgestellt werden würden, und vielleicht kann man auch an oder vor der

Kastanienschule einen Papierkorb aufstellen. Angebracht wäre, dass es nicht unbedingt durch die Gegend fliegt.

Herr Amme: Ggfs. kann man da auf die 20.000 Euro zurückgreifen, die wir hier gedenken, zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt zu nutzen. Vielleicht kann man da auch den einen oder anderen Papierkorb davon erwerben und aufstellen.

Herr Metzing: Mir geht es darum, dass natürlich auch die Gruppe, wenn die jetzt was einsammelt, und das wird sie auch weiterhin tun, das dann auch in diese Behälter tut.

Herr Hänsgen: Gestern im Ordnungsausschuss wurde dies auch debattiert, und es wurde dort auch erwähnt, dass der Bauwirtschaftshof dabei ist, die Papierkörbe mit diesen Spezialbehältern auszustatten bzw. nachzurüsten, in die die Zigarettenkippen oben eingeworfen werden können. Herr Hänsgen sieht da die Gefahr, zweigleisig zu laufen, da es im Prinzip die Entsorgung ist, die jetzt der Bauwirtschaftshof schon aktuell praktiziert, und hier würden wir noch ein zweites System ins Leben rufen, es ist anzuzweifeln, ob dies wirklich sinnvoll ist.

Frau Rippich: Wir versuchen nach und nach, die vorhandenen Papierkörbe nachzurüsten mit separaten Aschenbechern, die separat geleert werden können, bzw. an einigen Punkten auch größere Behälter aufzustellen, die neben diesem Thema Kippen auch das Thema Pizza-Kartons vielleicht etwas mit abdecken können. Denn es ist in der Tat so, dass in der Altstadt diese Modelle, die damals ausgewählt wurden, nicht für solche Kartons geeignet sind, und es sollen künftig größere Behälter angeschafft werden, wo die blauen Säcke drin verschwinden hinter der Verkleidung, und die Einwurf-Schlitze flach, aber breit sind, so dass z. B. auch die Pizza-Kartons rein passen. So dass wir hoffentlich auch an der Stelle etwas mehr Sauberkeit in die Stadt bekommen.

Antrag Nr. VII/0306/21/6

Herr Metzing erläutert auch diesen Antrag.

Herr Amme: Wir haben 150.000 Euro im Haushalt eingeplant, und wir haben die Liste mit den Fraktionsvorsitzenden erarbeitet, was die Gewinnausschüttung anbelangt. Da sind zwei Maßnahmen enthalten, die direkt auf den Radverkehr abzielen, das sind die Beschilderung und die Anbindung des Radweges an die Winninger Siedlung, hier sind sogar 60.000 Euro für diese beiden Maßnahmen eingeplant. Also wir haben schon Maßnahmen für das nächste Jahr vorgesehen.

Herr Schneidewind: Wir haben in diesem Jahr so viel für Radwege eingeplant wie noch nie. Und es gab jetzt ein Schreiben vom Landkreis in Bezug auf die Anhörung zur Kreisumlage 2022, diesem ist zu entnehmen, dass die Finanzsituation eben abgewogen wird zwischen Kommunen und Landkreis. Und im Ergebnis wird dem Kreistag am 08. Dezember 2021 ein Hebesatz von 45,15 Euro empfohlen, das würde aber für uns eine halbe Million Euro mehr Kreisumlage bedeuten. Wir sind natürlich in der Haushaltsplanung, der Plan muss im investiven Bereich ausgeglichen

sein, dementsprechend ist wirklich ein Deckungsvorschlag erforderlich.

Herr Schigulski: So schön, wie es wäre, wenn wir alle Radwege der Stadt im kommenden Jahr erneuern würden, sehe ich keine Möglichkeit, in dem Haushalt irgendwo jetzt 50.000 Euro einzusparen, weil Straßenbeleuchtungen auch sein müssen, dies ist Daseinsvorsorge. Wir sollten mit dem, was wir wirklich im nächsten Jahr anfangen, versuchen, erstmal die Ziele zu erfüllen, die wir haben, und die Radwege werden wir mit Sicherheit nicht aus den Augen verlieren, da wir wissen, was Radverkehr für unsere Stadt bedeutet. Mit dem Haushalt und der anderen Ausgabe wird schon ein ganz gutes Zeichen gesetzt.

Frau Reisky: Wir hatten gestern im Ordnungsausschuss auch große Diskussionen, der Antrag wurde mit 1 Enthaltung und 5 Nein-Stimmen abgelehnt, aber nicht, weil wir keine Radwege haben wollen, wir wissen, dass das wichtig ist, aber wir haben so viel im Haushalt eingestellt, wie sonst kein Jahr zuvor.

Herr Metzing: Gestern im Ordnungsausschuss war niemand da, der die beiden Anträge vertreten konnte, weil die Vertreter in der Arbeit waren, und Herr Otto aufgrund von Corona nicht kommen konnte.

Herr Amme: Der Änderungsantrag beinhaltet keinen Deckungsvorschlag.

Antrag Nr. VII/0306/21/7

Herr Rother erläutert diesen Antrag.

Herr Michelmann: Es ist ein pfiffiger Vorschlag, aber es muss am Ende, wie Herr Schneidewind gesagt hat, mathematisch funktionieren. Irgendwo müssen 1.000 Euro hergenommen werden, entweder bei der Feuerwehr oder bei den 20.000 Euro von der Stadt, damit es am Ende mathematisch aufgeht.

Frau Reisky: Wir hatten dieses Thema gestern auch, und Herr Dr. Planert hat einen Vorschlag gemacht, und zwar, wenn wir damit unser Tierheim entlasten, sparen wir ja auch gleich wieder Geld.

Herr Rother: Es wäre gut, wenn die Antragsteller bei den anderen Anträgen vielleicht auf 1.000 Euro verzichten könnten, die vielleicht nicht ganz gebraucht werden.

Herr Amme: Dem Vorschlag können wir dann auch so folgen.

Herr Metzing: Ist denn dem Antragsteller bekannt, wieviel Hunde das dann jetzt in diesem Jahr betrifft? Wenn die Hunde dieses Jahr im Tierheim waren, sind sie ja vielleicht noch im nächsten Jahr im Tierheim. Könnte man da jetzt sagen, wieviel Hunde das dann jetzt betrifft, nachdem sich Jeder bei Corona ein Tier angeschafft hat? Können wir rechtlich gesehen da einfach auch entsprechend so eine Steuerbefreiung durchsetzen?

Herr Fuchshuber: Es wurde auch im gestrigen Ausschuss schon darüber diskutiert, und Herr Dr. Planert meinte, es sind vier Hunde, um die es ging, also wirklich eine geringe Anzahl. Er hat auch mit angeführt, dass wohl umliegende, auch kleinere Kommunen bereits solche Regelung haben, da man ja nicht dauerhaft auf diese Steuer verzichtet, sondern es wird dann praktisch für ein Jahr ausgesetzt. Aber klar ist, die Satzung müsste dann auch geändert werden. Den Beschluss gäbe es natürlich trotzdem, aber möglich wäre es, die Satzung zu ändern.

Frau Reisky weist darauf hin, dass in dem Antrag steht, wieviel Hunde es betrifft, es sind ganz wenig, und 2020 war es gar kein Hund. Die Stadt Seeland macht es z. B. schon so, die haben diese Regelung allerdings nur für ein halbes Jahr. Es ist eigentlich mehr eine Geste.

Herr Metzing: Wie lange bleiben denn die Hunde, die dann im Tierheim ankommen, dann dort oder werden diese dann relativ schnell vermittelt? Meines Wissens nach ist es immer noch so, dass sich die Menschen einen Hund wünschen. Aber das Anliegen ist so weit klar.

Herr Schigulski: Dann müssen wir uns natürlich jetzt vor Abstimmung der Anträge einigen, wo wir die 1.000 Euro jetzt hernehmen, ob von der Innenstadt oder Feuerwehrbekleidung. Das obliegt den Antragstellern der beiden Anträge.

Antrag Nr. VII/0306/21/8

Frau Reinke erläutert diesen Antrag.

Herr Michelmann: Vielleicht können wir uns so verständigen, dass wir so eine Art Protokollerklärung machen, dass die Stelle im Moment durch diese Kooperationsvereinbarung besetzt ist.

Frau Reinke: Das hätte von Anfang geheilt werden können, wenn man nicht hingeschrieben hätte, dass die Stelle gestrichen wird, sondern Kooperationsvereinbarung hingeschrieben hätte. Aber so steht da Streichung, und das ist gegen den Stadtratsbeschluss. Das war von Anfang an das Anliegen.

Herr Michelmann: Wir können das so machen, es muss nur klar sein, dass nicht alles beides funktioniert. Wir können jetzt nicht diese Lösung gefunden haben mit der Besetzung durch die Kooperationsvereinbarung und extra noch eine Stelle ausweisen. Deswegen muss da jetzt eine Protokollerklärung o. ä. erfolgen, dass diese Stelle im Moment durch diese Kooperationsvereinbarung abgedeckt ist und zwar für die nächsten zwei Jahre. Wenn die Stelle natürlich dann frei ist, weil Derjenige geht oder weil es ausläuft, ist die Stelle ja auch noch vorhanden mit der Befristung, die der Stadtrat seinerzeit beschlossen hat.

Frau Reinke: In diesen Stellenplan muss dann eine Erklärung hinter diese Spalte eingefügt werden. Der Änderungsantrag wird dahingehend ergänzt, dass in der Spalte Begründung „Stelleneinsparung" zu streichen ist, und dafür reinzuschreiben ist

„Kooperationsvereinbarung mit VHS Bildungswerk".

Herr Amme bittet Frau Reinke, ihren so geänderten Änderungsantrag im Stadtratsbüro nachzureichen.

Herr Amme: Bezüglich des Änderungsantrages, was die Hundesteuer anbelangt, um diesen Betrag hier auszugleichen, so dass wir bei dem ordentlichen Ergebnis bei 64.000 Euro bleiben, wird vorgeschlagen, die Summe aus dem Antrag zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt zu nehmen, so dass wir diesen Betrag auf 19.000 Euro reduzieren, und somit bleibt die Summe bei 64.000 Euro.

Abstimmung der Anträge einschließlich der vorgenommenen Änderungen:

Abstimmung zum Antrag Nr. VII/0306/21/3: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Abstimmung zum Antrag Nr. VII/0306/21/4: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Abstimmung zum Antrag Nr. VII/0306/21/5: 5 Ja 2 Nein 2 Enthaltungen

Abstimmung zum Antrag Nr. VII/0306/21/6: 1 Ja 5 Nein 3 Enthaltungen

Abstimmung zum Antrag Nr. VII/0306/21/7: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Abstimmung zum Antrag Nr. VII/0306/21/8: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Abstimmung zur Vorlage Nr. VII/0306/21: 7 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

Herr Schigulski verlässt 18:50 Uhr die Sitzung.

zu 11 *Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung für den Bereich Kindertageseinrichtungen*
Vorlage: VII/0367/21
Herr Schütze erläutert diese Vorlage und bittet um Zustimmung.

Herr Schigulski kommt 18:54 Uhr wieder zur Sitzung hinzu.

Abstimmung: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

zu 12 *Überplanmäßige Auszahlung für den Einbau raumlufttechnischer Anlagen in den Kindertagesstätten der Stadt Aschersleben*
Vorlage: VII/0372/21
Frau Rippich erläutert diese Vorlage und bittet um Zustimmung.

Herr Rother: Es geht natürlich um die Zahlen, wir hatten 75.000 Euro geplant, jetzt sind wir bei 88.000 Euro angelangt. Der Preis, den wir nun bezahlen müssen, beträgt dann also 98.000 Euro?

Frau Rippich: Zur Ausschreibung am 13.10.21 standen auf der Haushaltsstelle mit der ersten Überplanmäßigen Auszahlung 88.500 Euro zur Verfügung, und die reichen mehr, wir brauchen also darüber hinaus weitere 23.700 Euro, die Gesamtkosten betragen also ca. 112.000 Euro.

Beschluss:

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschließt die Überplanmäßige Auszahlung zur Deckung der Mehrkosten in Höhe von 23.700,00 EUR zum Einbau von raumlufttechnischen Anlagen in den Kindertagesstätten der Stadt Aschersleben.

Abstimmung zur Vorlage: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltung
Beschluss-Nr.: 301/21

Herr Michelmann bedankt sich für die Zustimmung, und teilt mit, dass damit morgen der Auftrag ausgelöst werden kann, nur damit jeder weiß, welche Folgen die Beschlüsse dann auch teilweise haben.

zu 13 *Stellungnahme der Stadt Aschersleben zur Fortschreibung der*

Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2022/23 bis 2026/27
Vorlage: VII/0370/21
Herr Schütze stellt diese Vorlage vor.

Herr Metzing: Da der Landkreis uns ja nicht mitgeteilt hat, wie die Schulentwicklungsplanung die anderen Schulen betrifft, geh ich davon dass, dass etwas dazu gesagt werden kann, wie es denn dort ist. Sind dort Schulen im Bestand gefährdet, und müssten wir uns dann vielleicht zu der Einvernehmenserklärung für Schulen in unserer Trägerschaft, vielleicht auch für andere Schulen solidarisch zeigen?

Herr Schütze: Es ist aus meiner Sicht nicht notwendig, die Schülerzahlen sprechen da für sich. Wir haben im übrigen auch eine erhebliche Steigerung, wir hatten mal 2.600 Schüler in den Schulen in Aschersleben, in den allgemeinbildenden Schulen sind es aktuell 2.300 Schüler. Aber da ja die Schulen, um die es dann ginge, weiterführende Schulen sind, die also von den Schülerzahlen der Grundschulen auch leben, wird es auch dort im Zeitraum der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung in der Stadt Aschersleben zu keinen Veränderungen kommen. Und wir haben ja auch die Schulen in freier Trägerschaft, die sind übrigens im Plan nur darzustellen, und auch dazu kann gesagt werden, die Schulentwicklungsplanung an der Adam-Olearius-Schule ist sehr positiv, es sind mittlerweile 400 Schüler, und auch die Burgschule hat, nachdem sie vor ein paar Jahren unmittelbar vor der Schließung stand, eine sehr positive Schülerzahlentwicklung genommen, so dass keine Bestandsgefährdung für die übrigen Schulen erkennbar ist.

Herr Michelmann: Es ist etwas problematischer, als es soeben von Herrn Schütze gesagt wurde, weil es ja die Vereinbarung mit dem Harzkreis nicht mehr gibt, was die Beschulung von Schülern aus Falkenstein anbelangt, die Schüler müssen jetzt nach Ballenstedt, und die fehlen natürlich vor allen Dingen am Stephaneum.

Herr Schütze hatte dies im Bildungsausschuss schon vorgestellt, es geht also schon auf das letzte Schuljahr zurück, es ist also so, dass der Harzkreis schon gern mit uns die Vereinbarung abgeschlossen hätte, weil es ja auch so gewachsen ist, allerdings hat das Landesverwaltungsamt hier gesagt, dass zugesehen werden muss, dass die Schulen im eigenen Zuständigkeitsbereich, nämlich im Harzkreis, mit ausreichend Schülerzahlen ausgestattet werden. Das Gymnasium Ballenstedt ist seit Jahren ein sehr wackliger Standort, und somit sind die dort auf jeden Schüler angewiesen, und das hat am Ende dazu geführt, dass hier also nach dem Veto des Landesschulamtes/Landesverwaltungsamtes die Vereinbarung dann nicht fortgeführt wurde. Es kostet uns über alle Schuljahre im Stephaneum ca. 50 Schüler, also auf alle Schuljahre verteilt, es sind 8 Schuljahrgänge, also sind es ca. 6 Schüler pro Jahrgang.

Herr Schigulski: Die Schüler, die jetzt aber auf dem Stephaneum sind, können bis zum Schluss dort bleiben?

Herr Schütze: Die Schüler können dort bleiben, und auch das Thema Geschwister-Regelung gibt es, also wenn ein Geschwisterkind Schüler am Stephaneum ist, gibt es die Möglichkeit eines Ausnahmeantrages. Es hat sich in der Vergangenheit immer so

dargestellt, und es bleibt auch hoffentlich in der Zukunft so, dass den Geschwisterkindern der Zugang zum Stephaneum nicht verwehrt wird.

zu 14 *Verwendung der Mehrerträge aus der Gewinnausschüttung verbundener Unternehmen*
Vorlage: VII/0373/21
Herr Schneidewind stellt diese Vorlage vor.

Herr Michelmann: Bzgl. des Punktes Ozelot-Anlage ist nicht der Neubau einer Ozelot-Anlage gemeint, das wäre mit 30.000 Euro nicht möglich, es ist quasi aus Sicht der Ozelots eine neue Anlage, aber in Wirklichkeit ist es keine neue Anlage. Also würden wir das Wort „Planungskosten" streichen und dann ist klar, dass die Kosten für die Ozelot-Anlage verwendet werden können, egal ob jetzt für die Planung oder für den Bau. Wenn wir das Wort „Planungs-" wegstreichen, dann haben wir da keine Probleme mit der Mittelverwendung.

Herr Rother bittet auch darum, bei dem Punkt Beach-Volleyball-Anlage im Freibad, wenn das Geld für die OptimAL GmbH zur Verfügung gestellt wird, dass wir es nicht auf diesen einzelnen Punkt belegen, sondern wenn da noch Geld über ist, dass man auch in etwas anderes investiert, und nicht unbedingt alles in die eine Anlage investieren muss.

Herr Hänsgen hat zu der Liste eine Anregung: Er findet es gut, dass diese Überschüsse an die Bürgerinnen und Bürger verteilt werden, was er jedoch nicht so befürworten kann, es gibt Ortsbürgermeister, die nicht in Fraktionen organisiert sind, und an denen geht diese Information komplett vorbei, und das ist demokratisch gesehen ein schlechter Weg. Er zweifelt dies nicht an, aber die, die es betrifft, für die ist es hart.

Herr Amme: Vielleicht können wir das, so es sich im nächsten Jahr nochmal ergibt, dann als Anregung mitnehmen, dass die Ortsbürgermeister dann auch eine Information bekommen.

Abstimmung: 9 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

zu 15 *Entscheidung über Spendenannahmen für den Bereich „Streetwork"*
Vorlage: VII/0375/21
Herr Rother nimmt aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung zu dieser Vorlage teil.

Herr Schneidewind erläutert diese Vorlage.

Beschluss:

Der Finanz- und Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der Spende von Ramdohr's milde Stiftung in Höhe von 1.000 Euro zur Unterstützung des Bereichs „Streetwork".

Abstimmung zur Vorlage: 8 Ja 0 Nein 0 Enthaltung
Beschluss-Nr.: 302/21

zu 16 *Anfragen und Anregungen*
Herr Metzing: Ist es möglich, dass wir das Schreiben vom Landkreis zum Thema Kreisumlage auch bekommen?

Herr Michelmann: Es ist kein Problem, das Schreiben allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Der Finanzausschuss hat den Haushalt des Landkreises zurückgewiesen, es ist abzuwarten, ob der Landkreis einen neuen Haushalt vorlegt mit einer neuen Kreisumlage. Der Landkreis hat das Problem, dass 16 oder 17 Klagen im Zusammenhang mit der Kreisumlage eingereicht wurden, und von daher hat der Landkreis natürlich das Verfahren zur Einbeziehung der Gemeinden immer mehr perfektioniert. Der Landkreis plant im Haushalt pro Jahr eine halbe Million Euro ein nur für Klagen der Gemeinden im Zusammenhang mit der Kreisumlage. Von daher ist der Landkreis sicherlich bemüht, eine halbwegs friedliche Einigung zu erzielen, wie diese aussieht, ist noch nicht bekannt. Die Kreisumlage wird also auf keinen Fall niedriger sein, als die bisherige Kreisumlage. Es wird damit gerechnet, dass es sich irgendwo dazwischen einpegelt, zwischen dem Vorschlag und der bisherigen Kreisumlage, so dass wir vielleicht nicht ganz soviel zusätzliche oder außerplanmäßige Ausgaben haben. Das Verfahren ist also noch nicht abgeschlossen vom Landkreis. Es ist nur das formale Verfahren abgeschlossen. Von daher hat sich der Landkreis wirklich relativ viel Mühe gegeben und unseren Status ganz gut beschrieben, der Landkreis hat schon erkannt, dass wir in der Lage sind, unseren Haushalt auszugleichen. Aber wir haben eben immer noch das Problem dieses relativ großen Schuldenstandes pro Kopf. Wir gelten als eingeschränkt handlungsfähig.

Frau Reinke: Bzgl. der Liste von diesen Kommunen, die geklagt haben, bei uns steht von 2017, anhängig beim Verwaltungsgericht Magdeburg, ruhend gestellt. Wie lange, was bedeutet das juristisch?

Herr Michelmann: Die Gerichte scheuen sich natürlich, da irgendwelche Urteile zu sprechen. So, wie wir vom Kreistag erfahren haben, sind da diverse Klagen anhängig, insbesondere von der Stadt Hecklingen, die gegen jede Kreisumlage

geklagt hat. Und der ursprüngliche Anlass war eher ein formaler Grund, da der Landkreis einen Formfehler gemacht hat bei der Anhörung, und daher haben wir wahrscheinlich relativ gute Chancen. Aber die Gerichte wollen das dann insgesamt entscheiden, also es wird nicht damit gerechnet, dass es vor Mitte nächsten Jahres eine Entscheidung geben wird.

Herr Dr. Pich spricht ein großes Dankeschön aus für die 9.090 Euro zur Förderung der Infrastruktur in den Ortsteilen. Den Betrag haben wir inzwischen gut eingesetzt, wir haben den Saal im Dorfgemeinschaftshaus malerisch und lampentechnisch instand setzen lassen, da ist wirklich seit 20 Jahren nichts gemacht worden, jetzt hat der Saal ein sehr schönes modernes Ambiente, es wurde einiges in Eigenleistung gemacht. Eine kleine Restsumme bleibt, die wird Herr Dr. Pich aber mit privater Spende abdecken, so dass der Stadt keine weiteren Kosten entstehen, dazu muss jedoch erst noch die Rechnungslegung erfolgt sein.

Frau Reinke: Wie ist der Stand zur Grundschule Staßfurter Höhe, wo jetzt nur die Mensa errichtet werden soll und nicht die Klassenräume? Es gab doch Fördermittel, müssen wir einen neuen Fördermittelantrag stellen? Wie sieht der Plan jetzt überhaupt aus? Kann das, was ausgeschrieben wurde, so wie es damals gewollt ist, auch so gebaut werden? Und wann kann man mit einer Vorlage rechnen?

Frau Rippich: Uns hat tatsächlich der Baugrund da etwas zurückgeworfen, die ersten Baugrunduntersuchungen hatten gezeigt, dass dort Befüllungen vorhanden sind, die nicht tragfähig sind und so belastet sind, dass sie ausgetauscht werden müssen. Daraufhin gab es zwischenzeitlich die Überlegung, den Standort zu wechseln, und zwar parallel zur Staßfurter Höhe, möglicherweise einen Neubau vor die Schule zu setzen, die Idee wurde jedoch wieder verworfen, weil dort diese Auffüllungen genauso sind. Es wurde nicht erwartet, dass dieser Schulhof mal vollständig bebaut war, auf den historischen Fotos sieht man immer nur am Südende diesen alten Turnhallenbau, wo jetzt die Mensa errichtet werden sollte. Dann wurden sicherheitshalber Tiefenbohrungen durchgeführt, weil bekannt war, dass sich in der Nähe Bergbaugebiet befindet, es wurde aber bis in 37 Metern nicht auf Hohlräume gestoßen, d. h. dass dieser Neubau wirklich getragen wird. Mittlerweile ist aber durch verschiedene Umstände so viel Zeit vergangen, dass der Effekt eingetreten ist, der schon befürchtet wurde, dass nämlich die Schülerzahlen wieder zurückgehen und wirklich ernsthaft zu überlegen war, ob das jetzt noch Sinn macht, zwei Klassenräume zusätzlich zu bauen, die Geld kosten, und die dann vielleicht untergenutzt werden, also nicht ausgelastet werden. Aber die Mensa wird definitiv gebraucht, weil die Schulspeisung in diesen halben Kellerräumen für die Kinder nicht optimal ist, und man hätte dann auch den Vorteil, diese Mensa dann auch für mögliche Schulveranstaltungen zu nutzen. Deshalb war der Plan auch so, den Zugang von der Straße aus zu schaffen, so dass auch bei verschlossenem Schulhof das Gebäude separat genutzt werden könnte, und auch die Küchenversorgung von der Straße aus erfolgt. Wir würden jetzt diese ganzen Tatsachen und Umstände miteinander kombinieren, denn auch die Stadtwerke haben uns darauf hingewiesen, beim Bau darauf zu achten, dass sämtliche Leitungen dort im Gehwegbereich liegen einschließlich der Steuerungskabel für die Lichtsignalanlage, d. h. wenn wir eine Baugrube machen, die aufgrund dieses Bodenaustausches notwendig ist, müssen wir

mit einem Böschungswinkel von 45 Grad arbeiten, ansonsten haben wir einen Verbau, und 45 Grad bedeutet, wir sind halb in der Staßfurter Höhe. Wir hätten eine halbseitige Sperrung der Kreisstraße und wahrscheinlich eine ziemlich weitreichende Sperrung im Bereich der Rosenstraße/Schlachthofstraße, so dass wir uns jetzt gemeinsam mit dem Planungsbüro entschieden haben, wir rutschen das Ganze weg von der Staßfurter Höhe, also wir sparen an der Stelle diese zwei Klassenräume ein und rutschen mit dem ganzen Gebäude, also Mensa und Versorgungsräume sowie Nebenanlagen, von der Hauptstraße ab. Das Architekturbüro ist im Moment dabei, die Planung zu überarbeiten, und sobald etwas vorliegt, würden wir das auch natürlich im Stadtentwicklungsausschuss vorlegen. An dem Gesamtkonzept, so wie es dieser Lösungsvorschlag vorsah, soll sich eigentlich nichts ändern, das Gebäude wird nur kleiner. Von den Fördermitteln her war es so, dass schon ziemlich zeitig nach Einbindung der Fachplaner klar war, dass das veranschlagte Geld wahrscheinlich nicht reicht, weil ein paar Dinge auch nicht so umsetzbar waren, wie z. B. die ursprüngliche Idee, einen Fernwärmeanschluss zu nutzen, dieser liegt zu weit weg, so dass man über eine andere Energieversorgung nachdenken musste. Wir haben auch die Kostensteigerung im Hochbau, aber auch im Tiefbau, so dass wir in Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt sowieso einen neuen Fördermittelantrag gestellt hätten und das Ganze neu aufgezogen hätten mit den gesicherten Mehrkosten und hätten aber die alte Bewilligung behalten können, die zu Teilen auch schon ausgezahlt worden ist an die Stadt, dieses Geld verfällt auch nicht, weil es Fördermittel sind, die sind also auch über die Haushaltsjahre hinweg übertragbar. Was natürlich möglicherweise irgendwann auf uns zukommt, sind Strafzinsen in einer unbekannten Höhe, weil wir das Geld nicht fristgerecht verwendet haben. Im Moment ist es jedoch so, dass es einen Grunderlass gibt, dass die Strafzinsforderung für das Jahr 2020/2021 komplett ausgesetzt wird wegen der Corona-Pandemie, weil Vergaben oder Materiallieferungen schlecht möglich waren. Nichts desto trotz werden wir, sobald wir aufgrund der Umplanung gesicherte Kosten vorliegen haben, dort auch nochmal Fördermittel beantragen müssen, da werden wir nicht drum rum kommen, das hat das Planungsbüro bereits angekündigt. Wir bleiben aber insgesamt noch unter den Schwellenwerten, so dass auch die bisherige Vergabe des Planungsauftrages vergaberechtlich sauber ist, aber bei den Baukosten geschaut werden muss, was an Mehrkosten hinzukommt, also was wir wissen, sind etwa 200.000 Euro Mehrkosten durch den Bodenaustausch, die vorher natürlich auch nicht kalkuliert waren. Aber wir schreiten da voran, wir sind nach wie vor in enger Abstimmung mit allen Beteiligten, dass wir das dann zügig fortsetzen können, sobald dann auch die Mittel vorhanden sind. Die Fachplaner sind alle eingebunden. Wir wollten nach der Winterpause schon damit beginnen, das hat aber leider noch nicht ganz funktioniert. Und wir hoffen, dass wir dann schnell die entsprechende Baugenehmigung bekommen.

zu 17 *Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung*

Die Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung erfolgt 19:25 Uhr.